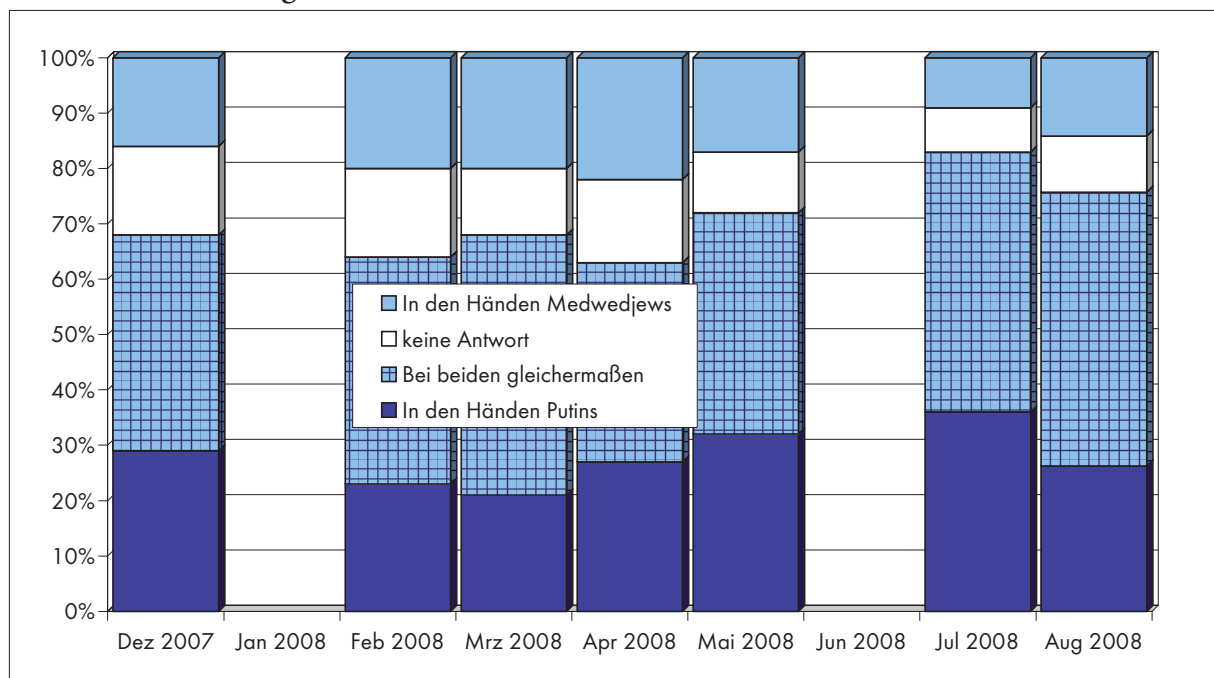


In wessen Händen liegt die reale Macht im Land?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082102.html>

Übersetzt und zusammengestellt von Anna A. Petrova

Analyse

Russland und der Kaukasuskrieg

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Zusammenfassung

Der Fünf-Tage-Krieg in Georgien hat für Russland ambivalente Ergebnisse gehabt. Einerseits hat es im Innern an Stabilität gewonnen – die Bevölkerung stützt den Kurs der Führung beinahe einstimmig –, es hat demonstriert, dass mit ihm im postsowjetischen Raum als wichtiger Akteur zu rechnen ist, es hat zunächst auch die amerikanische Position im Südkaukasus geschwächt, andererseits erfuhr es in der internationalen Politik keine Unterstützung und geriet in Gegensatz zu seinem wichtigsten Wirtschaftspartner, der Europäischen Union. Seit Ende August bemüht sich die russische Führung um Schadensbegrenzung. Ob sie dabei allerdings so weit gehen wird, eine internationale Friedensregelung zuzulassen, die die gesamte Region – einschließlich des Territoriums von Süd-Ossetien und Abchasien – umfasst, ist eher zweifelhaft.

Vom lokalen Konflikt zur internationalen Krise

Im August 2008 haben sich die jahrelangen Spannungen zwischen Russland und Georgien mit Gewalt entladen. Nach einem Angriff georgischer Truppen auf Süd-Ossetien zerschlugen russische Streitkräfte in einem fünftägigen Krieg das georgische Militärpotential vollständig und unterstrichen damit Russlands Hegemonieanspruch in der Kaukasusregion. Die Okkupation von Teilen georgischen Territori-

ums durch russische Truppen und die Anerkennung von Abchasien und Süd-Ossetien als selbständige Staaten durch den russischen Präsidenten rief jedoch die internationale Gemeinschaft auf den Plan. Der lokale Konflikt entwickelte sich in wenigen Tagen zu einer internationalen Krise. Russland, dessen außenpolitische Stellung eben noch durch die Machtdemonstration gestärkt schien, sah sich unversehens isoliert. Selbst Russlands zentralasiatische Nachbarn und seine Partner in der Shanghai Organisation waren nicht

bereit, die Anerkennung Abchasiens und Süd-Ossetiens zu unterstützen.

Entscheidungsfindung und Rechtfertigung

Insofern stellt sich die Frage, was die russische Führung veranlasst hat, in dieser Weise gegen Georgien vorzugehen. Zergliedert man den Prozess, so gab es wenigstens fünf Entscheidungen, die im Kontext des Fünf-Tage-Krieges gefällt wurden:

- Am 7./8. August fasste die politische Führung den Entschluss, auf den georgischen Angriff mit einem massiven Truppeneinsatz zu reagieren, der über Abwehr der georgischen Angriffe und Schutz der süd-ossetischen Bevölkerung hinausging und auf Zerschlagung des georgischen Militärpotentials – und die »Bestrafung« der georgischen Führung abzielte. Es ist denkbar, dass diese Entscheidung bereits in den Wochen zuvor eingeleitet worden ist, als der Konflikt in Süd-Ossetien sich erheblich verschärfte.
- Die politische Führung traf in diesem Zusammenhang die Entscheidung, der militärischen Führung Angriffe auf Einrichtungen im georgischen Hinterland und die Besetzung von Teilen Kerngeorgiens (Poti, Pufferzone) zu gestatten. Zugleich setzte sie den Militärs auch eine Grenze für ihr Vorgehen (Poti und Senaki besetzen, Tbilisi aber nicht).
- Am 12.8. beschließt die politische Führung das Ende der Kampfhandlungen, lässt den Militärs aber freie Hand, in Kerngeorgien militärische und Infrastruktureinrichtungen zu zerstören.
- Innerhalb der folgenden Wochen entscheidet sich die politische Führung dafür, Abchasien und Süd-Ossetien offiziell anzuerkennen. Am 26.8. wird dies vom russischen Präsidenten vollzogen.

Wie diese Entscheidungen zustande gekommen sind und wer an ihnen beteiligt war, ist bisher im Einzelnen nicht bekannt. Neben dem Präsidenten als Oberbefehlshaber waren gewiss der Ministerpräsident und die militärische Führung einbezogen. Wieweit das Außenministerium einbezogen wurde, ist unklar. Wenigstens zwei dieser Entscheidungen – die Militäraktionen in Kerngeorgien und die Anerkennung der beiden Republiken – haben Russlands internationale Position beschädigt. Erfahrene Außenpolitiker hätten dies sicher antizipiert, auch wenn Militärs und andere Teile der Führung eher einer Logik militärischer Dominanz folgten.

Die öffentliche Begründung für den Einmarsch in Georgien stellte das Fehlverhalten Georgiens in den Vordergrund, das Russland geradezu zum Einmarsch gezwungen habe. Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew brachte folgende Argumente vor:

- Die georgische Führung sei verantwortlich für die rechtswidrigen Gewaltaktionen, die in den letzten

15 Jahren gegenüber süd-ossetischen Bürgern begangen worden seien.

- Die Angriffe auf russische Bürger, die »Bürger anderer Länder« und die russischen Einheiten, die als »Friedenstruppen« in Süd-Ossetien stationiert waren, müssten bestraft werden.
- Die georgische Führung habe eine Operation »Reines Feld« eingeleitet, um das süd-ossetische Problem mit einem Schlag zu lösen. Das georgische Vorgehen bezeichnete der russische Präsident wörtlich als *Genozid* und unterstrich, es sei die Pflicht Russlands gewesen, diesen zu unterbinden.
- Russland sei der einzige Staat gewesen, der als Verteidiger der »friedlichen Bevölkerung« und der russischen Bürger aufgetreten sei. Russland nehme dabei das Recht der Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta für sich in Anspruch.

Neben dieser offiziellen Begründung konnte man im russischen Mediendiskurs auch andere Motive für das russische Handeln vernehmen. Genannt wurde u.a.:

- Russland will als Großmacht wahrgenommen werden und als solche als Ordnungsmacht in der eigenen Interessensphäre auftreten.
- Das Vordringen der USA in die russische Interessensphäre (Unterstützung der »Rosenrevolution« und Einsatz von US-Militärberatern in Georgien) wird als geopolitische Bedrohung wahrgenommen, die durch den militärischen Einsatz im Süd-Ossetien-Konflikt zurückgewiesen wurde.
- Georgien präsentiert sich als Transitland für Öl- und Gaslieferungen, die das Territorium Russlands umgehen. Der russische Truppeneinsatz entmutigt künftige Investoren.
- Die Situation in Georgien ist auch eine günstige Gelegenheit, den USA und der NATO ihr Vorgehen im Falle Kosovo heimzuzahlen. Hatte dort »der Westen« Russland übergangen und von der politischen Entscheidung ausgeschlossen, so bot nun die Situation in Abchasien und Süd-Ossetien die Möglichkeit, ein »Revanchefoul« zu begehen.
- Schließlich hatte sich über die Jahre auf russischer Seite (und auf georgischer ebenso) eine erhebliche Abneigung aufgebaut, die sich nun auf die politischen und militärischen Entscheidungen auswirkte.

Das Land im Schulterschluss

Vor diesem Hintergrund gab es in Russland eine breite öffentliche Unterstützung für den Fünf-Tage-Krieg. Die Schuldzuweisung an Georgien wurde von der russischen Öffentlichkeit angenommen. Eine Erhebung der »Stiftung Öffentliche Meinung«, die weiter unten ausführlich dokumentiert wird, ergab, dass 76 % der Befragten Georgien für den Schuldigen hielten und 72 % das

Vorgehen der georgischen Seite als Genozid qualifizierten. In der überwiegenden Mehrheit billigt die Bevölkerung den militärischen Einsatz, und wenn Kritik laut wird, dann solche, die härtere Maßnahmen und mehr Offensivgeist fordert. 78 % der Russen befürworten den Einsatz regulärer Truppen in Süd-Ossetien. Die Welle vaterländischer Begeisterung, die über Russland hinwegrollt, und die im August keinen Raum für kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik ließ, speiste sich aus dem konzertierten Einsatz von Medien, in denen die georgische Führung als Feindbild aufgebaut wurde.

Praktisch alle russischen Politiker und Publizisten gingen davon aus, dass Russland mit dem Truppeneinsatz seine Ziele erreicht habe: Der Genozid sei verhindert, der Schutz von Süd-Osseten und russischen Bürgern garantiert, zugleich habe man sich der Welt als Großmacht präsentiert: »Russland ist zurückgekehrt«, überschrieb die Tageszeitung »Iswestija« triumphierend den Bericht über eine Podiumsdiskussion zum Süd-Ossetienkrieg: Indem man schwachen Völkern geholfen habe, sei man wieder eine ernstzunehmende Kraft in der Weltpolitik geworden.

Der Fünf-Tage-Krieg im Kaukasus hat Regierung und Gesellschaft in Russland zusammenschweißt. In der festen Überzeugung, moralisch und politisch im Recht zu sein, schloss sich die russische Öffentlichkeit um ihren neuen Präsidenten zusammen und zeigte sich gegen Anwürfe und Kritik aus dem Ausland immun. In der Tat ist eine der überraschenden Folgen der Ereignisse in Süd-Ossetien die Konsolidierung der Position Medwedjews. Umfragen ergaben, dass Mitte August – nach dem Krieg – die Zahl derer signifikant gestiegen war, die annahmen, die Regierungsgewalt werde zwischen Putin und Medwedjew geteilt oder befinde sich ganz in Medwedjews Händen. Nur noch ein Viertel (vorher über ein Drittel) der Befragten war der Ansicht, der frühere Präsident Putin verfüge über die eigentliche Macht. Dies widerspricht der Perzeption in den westlichen Medien, die Ministerpräsident Putin als den eigentlichen »Kriegsherrn« und Medwedjew als seine Marionette sehen.

Die russische Öffentlichkeit nimmt den Präsidenten, der seine Truppen in einer gerechten Sache erfolgreich einsetzt, als »echten Kerl« wahr. Das Vertrauen in ihn steigt und erreicht beinahe die Werte Putins. Ob der Beschluss für den Truppeneinsatz von ihm ausging, oder ob er nur die Entscheidung des Machtkartells ausgeführt hat, das ihn stützt, muss dahingestellt bleiben – und ist für die russischen Bürger zweitrangig. Der Krieg hat Medwedjews Position wenigstens vorübergehend gefestigt. Allerdings in der Rolle des »starken Mannes« und nicht in der des besonnenen, liberalen, an internationalen Rechtsnormen orientierten Politikers.

Die Probleme

Die Genugtuung, wieder als Großmacht aufzutreten, überschattete im August in Russland die negativen Konsequenzen. Dennoch waren gegen Ende des Monats auch erste kritische Stimmen zu vernehmen.

So wurde in den Zeitungen zwar anerkannt, dass der Streitkräfteeinsatz in Süd-Ossetien und Georgien schnell und energisch durchgeführt worden ist, doch wurde moniert, dass die russischen Truppen den Krieg in Süd-Ossetien im Stil »unserer heldenhaften Väter und Großväter« geführt hätten: Von Satellitenaufklärung, lasergesteuerter Präzisionsmunition, GPS (das russische Äquivalent heißt GLONASS), wie sie die USA im Irak einsetzten, sei nicht die Rede gewesen. Statt durch überlegene Technologie habe man den Sieg durch »Heldentum, Blut und Waffen der sechziger Jahre« errungen. Der Krieg in Georgien, so das Resümee, habe nicht nur die Probleme der Bewaffnung, sondern auch die der Einsatzverfahren deutlich gemacht. Daher wird nun eine Umrüstung und Umstrukturierung der Streitkräfte diskutiert.

Wirtschaftsfachleute wiesen rasch auf die beachtlichen finanziellen Belastungen hin, die sich aus dem Konflikt und seiner Wahrnehmung im Ausland ergaben. Dabei wurden die Kosten des Militäreinsatzes selbst niedrig veranschlagt. Auch die Wiederaufbauhilfen und die Unterstützung für süd-ossetische Flüchtlinge fielen nicht wirklich ins Gewicht. Als problematisch wurde jedoch der Einbruch auf dem Aktien- und dem Währungsmarkt beurteilt. Nach Angaben des Finanzministers wurden allein am 8. August sechs Milliarden US-Dollar aus dem Land abgezogen. Der Wechselkurs des Dollars stieg während der Kriegstage um 69 Kopeken auf 24,57 Rubel. Die russische Zentralbank musste intervenieren, um den Rubelkurs zu stützen. Wirtschaftskreise warnten auch davor, dass sich Investoren zurückziehen könnten, wenn man im internationalen Raum nicht wieder auf Zusammenarbeit setzen würde. Bei seinem Treffen mit Wirtschaftsführern am 15. September nahm Präsident Medwedjew diese Sorgen auf und versprach, sich für den weiteren Ausbau der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit einzusetzen.

Die Tatsache, dass das russische Vorgehen sich ungünstig auf die internationale Position Russlands auswirkte, wurde rasch wahrgenommen, aber zunächst eher trotzig kommentiert. Im seinem Gespräch mit dem russischen NATO-Botschafter Dmitrij Rogosin am 25. August erklärte Medwedjew, letztlich bräuchten die NATO-Mitglieder die Zusammenarbeit mit Russland, während Russland das Ende der Kooperation ruhig ertragen könne. Diese Äußerung stand im Gegensatz zu der Politik, die Medwedjew in den ersten Monaten nach seinem Amtsantritt favorisiert hatte. Dort hatte er auf Zusammenarbeit gesetzt, die Stärkung der interna-

tionalen Organisationen gefordert, Wahrung des Völkerrechts als prioritäres Ziel proklamiert und eine Initiative zur Neugestaltung der Europäischen Sicherheitsarchitektur lanciert. Die Umsetzung dieses Konzeptes ist nun deutlich schwieriger geworden. Russland hat mit dem Vorgehen in Georgien und noch mehr mit der einseitigen Anerkennung der Souveränität Abchasiens und Süd-Ossetiens international wenig Unterstützung gefunden. Das wurde Ende August auf dem Gipfeltreffen der Shanghai-Organisation deutlich, die zwar ihre Sorge wegen des Konflikts in Süd-Ossetien ausdrückte, trotz russischen Bemühens die Unabhängigkeitserklärungen von Süd-Ossetien und Abchasien aber ignorierte. Anfang September hatte neben Russland nur Nicaragua die beiden Staaten anerkannt. Russland drohte damit in eine Isolierung zu geraten.

Erste Schritte zur Schadensbegrenzung

Nach einer ersten Phase hurrapatriotischer Euphorie hat sich in der russischen Führung die Einsicht durchgesetzt, dass der Ausgang des Fünf-Tage-Krieges durchaus ambivalent zu bewerten ist. Der erfolgreichen Demonstration von Stärke in der eigenen Interessenssphäre und der Schwächung der amerikanischen Position im Südkaukasus steht ein erheblicher Ansehensverlust in der internationalen Politik gegenüber.

Dies ist in der russischen Führung wahrgenommen worden. Das großmundige Selbstbewusstsein, das man im August demonstrierte, und dem auch eine isolationsistische Tendenz innewohnte – »Wir brauchen die NATO nicht« –, wird nun weniger offen zur Schau

getragen. Seit Ende August bemüht sich die russische Führung, Verständnis für ihr Handeln zu wecken. Präsident und Ministerpräsident versuchten in einer Abfolge von Interviews für BBC, CNN, Al Jazeera, das deutsche, das französische Fernsehen u.a. internationale Medien, das russische Vorgehen zu erklären. Man kann dies als Versuch der Schadensbegrenzung deuten, doch steht abzuwarten, wieweit die russische Führung bereit sein wird, die Regelung der Georgienkrise zu »internationalisieren«, d. h. sie im Rahmen der OSZE oder der UN zu behandeln und internationale Friedenstruppen zu akzeptieren. Die einseitige Anerkennung der Souveränität Süd-Ossetiens und Abchasiens scheint zu signalisieren, dass Russland eher auf eine nationale Lösung setzt. Immerhin hat die russische Seite aber bisher auf Schritte verzichtet, die substantielle Interessen der EU-Staaten verletzen. Nach wie vor ist es z. B. der Bundeswehr gestattet, bei der Versorgung des deutschen Kontingents in Afghanistan russisches Territorium zu überfliegen und den Stützpunkt in Kirgisistan zu nutzen. Nach wie vor wird ein großer Teil des Nachschubs der in Afghanistan stationierten NATO-Truppen durch Russland hindurch in die Einsatzregion transportiert. Russland ist also offenbar an der Fortführung des internationalen Dialogs interessiert. Allerdings ist die russische Führungselite heute mehr denn je davon überzeugt, dass Russland eine Großmacht auf Augenhöhe mit der EU und den USA ist. Diese Vorstellung wird künftige Verhandlungen zwischen Russland und der EU nicht leichter machen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

Literaturhinweis

- Nicolai N. Petro: Crisis in the Caucasus: A Unified Timeline, August 7-16, 2008. First compiled on August 28, 2008, this timeline is continuously being revised as more information becomes available. http://npetro.net/resources/Crisis_in_the_Caucasus.pdf 18. September 2008
- Jim Nichol: Russia-Georgia Conflict in South Ossetia: Context and Implications for U.S. Interests. Updated August 29, 2008. CRS Report for Congress Order Code RL34618 <http://fpc.state.gov/documents/organization/109503.pdf> 15. September 2008
- Hans-Henning Schröder (Hg.). Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik. SWP-Studie 2008/S 25, September 2008 http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5255 18. September 2008
- Lars Peter Schmidt: »Unobjektiv«, »falsch« und »einseitig«. Reaktion der russischen Medien auf die Berichterstattung in Europa und den USA über den Krieg im Kaukasus und dessen Folgen für die Beziehungen Russlands zum Westen. Auslandsbüro Russland. Länderbericht, 21. August 2008.